

Lübeck, 28.02.2024

## Interfraktioneller Antrag

### Fraktionen:

Geschäftsstelle der FDP Fraktion

Geschäftsstelle der CDU-Fraktion

Geschäftsstelle der Fraktion BÜ90 DIE GRÜNEN

Bearbeitung: Astrid Völker (E-Mail: [astrid.voelker@luebeck.de](mailto:astrid.voelker@luebeck.de) Telefon: 122-1051)

## AT zu VO/2023/11836-02: FDP, CDU und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Antrag zu VO/2023/11836 Parken in Lübeck - Eckpunktepapier Par- ken

### Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
29.02.2024	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

### Antrag:

Der Bürgermeister wird gebeten,

1. erteilte Aufträge der Bürgerschaft zur Prüfung der Einführung weiterer Anwohnerparkge-  
bieten erneut zu prüfen und der Bürgerschaft bis spätestens zur Sitzung der Bürgerschaft im  
Juni 2024 Wege zur Umsetzbarkeit aufzuzeigen und zur Entscheidung vorzulegen.
2. zu eruieren und der Bürgerschaft hierüber bis zur Sitzung im Juni 2024 zu berichten, an  
welchen Standorten in Gebieten mit hohem Parkdruck Quartiersgaragen entstehen könnten  
und wie ein wirtschaftliches Betriebsmodell für sie ausschauen könnte.
3. eine Konzeptidee zu entwickeln und der Bürgerschaft hierüber bis zur Sitzung im Juni  
2024 zu berichten, das Digitalisierung nutzt, um freie Parkflächen im Straßenraum anzuzei-  
gen und so Parksuchverkehr zu reduzieren.
4. ein Grobkonzept für eine App zu entwickeln und der Bürgerschaft hierüber bis zur Sitzung  
im Juni 2024 zu berichten, mit der behördliche und gewerbliche Parkflächen außerhalb der  
üblichen Geschäftszeiten für private Nutzungen vermittelt werden können. Dafür ist auch  
eine grobe Abschätzung des potentiellen Angebotes solcher Parkplätze durchzuführen.
5. als Gesellschaftsvertreter darauf hinzuwirken, dass die KWL ihre vorhandenen Daten für  
die Belegung der Parkflächen anderen Kartendiensten zur Verfügung stellt.
6. vor der dauerhaften Aufhebung von rechtskonformen bestehenden Kfz-Abstellmöglichkei-  
ten den Bauausschuss zu beteiligen. Diesem sind jeweils Alternativen vorzuschlagen. Wenn  
begonnen wird, an Abstellflächen für mehr als drei Fahrzeuge in einem Straßenzug seit län-  
gerer Zeit gewohnheitsmäßig vorkommendes, widerrechtliches Parken zu sanktionieren, sind  
dem Bauausschuss ebenfalls Alternativen vorzuschlagen.

### Begründung:

**Anlagen:**